

Gefahr für die "rote Festung"?

Der baldige Abtritt Jyoti Basus sorgt in der Linksfrent für Krach und Probleme

von Thomas Berger

Indiens Linke steht am Beginn der größten Krise ihrer Geschichte. Mit dem angekündigten Abtritt des westbengalischen Ministerpräsidenten ('Chiefminister') und marxistischen Urgesteins Jyoti Basu von der aktiven politischen Bühne treten die Widersprüche und internen Machtkämpfe im linken Lager stärker denn je nach außen. Zwar ist es viel zu früh, über ein mögliches Ende der Linksfrent zu spekulieren. Doch die Karten innerhalb des Linksbündnisses, soviel scheint sicher, werden über kurz oder lang neu gemischt.

Ähnlich vielen anderen Parteien aus dem säkularen Lager ist die 'Left Front' (LF) im Herbst 1999 "gerupft" in die neugewählte 'Lok Sabha' eingezogen. Von der ehemaligen Dritten Kraft (Third Front) sind die Kommunisten zwar nach wie vor das größte verbliebene Stück. Doch für sich gesehen, haben die einzelnen Parteien ihren Status als nationale Bewegung zum guten Teil eingebüßt, sind ebenfalls zu Gruppen mit nur noch regionaler Bedeutung geschrumpft. Kaum eine gute Handvoll Unionsstaaten, wo Kommunisten und Marxisten noch eine nennenswerte Rolle spielen. Indiens Hauptkraft Nummer drei nach 'Congress'-Partei und oppositionellen 'Janata'-Bündnissen aus den früheren

Jahrzehnten bis 1989 rangiert nur noch unter ferner liefen.

Als wäre dies nicht genug, unterläuft den Hauptfiguren der LF ein taktischer Fehler nach dem anderen. Kaum jemals zuvor ist so viel interner Streit nach außen gelangt - und wird von den Medien, die teils vom 'Congress', teils von der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) kontrolliert werden, natürlich schamlos ausgeschlachtet. Der Machtkampf zwischen den Marxisten der CPI-M, Hauptregierungskraft sowohl in Westbengalen als auch Kerala und Tripura, ist für sie ein gefundenes Fressen. Zusätzlich zum Abtritt des Ministerpräsidenten, der zum Ende der Legislaturperiode im kommenden Jahr unverrückbar scheint, schmälert

es die Chancen des Linksbundes in Westbengalen, die Macht zu behaupten. Je zurückhaltender dort der Hauptrivale 'Trinamool Congress' (TC) agiert und so Fehler vermeidet, büßen die LF-Partner durch die Selbstzerfleischung weiter an Zustimmung in der Bevölkerung ein.

Der marxistischen Parteiführung schmeckte es gar nicht, als Jyoti Basu vor gut eineinhalb Jahren erstmals von einem Rückzug aus der aktiven Politik zu reden anfang. Er berührte damit zudem ein Tabu - denn bislang war ungeschriebene Regel, daß den kommunistischen Führern nur mit dem Tode abzutreten erlaubt ist. Zumal Basu eine Schlüsselstellung einnimmt, verteidigt er doch seit 23 Jahren die "rote Festung"



In der Hauptstadt Westbengalens, Kalkutta, begegnet einem das Parteisymbol der Linken auf Schritt und Tritt. (Foto: Walter Keller)

Westbengalen erfolgreich gegen sämtliche Angriffe. Er ist eine der letzten Symbolfiguren der Linken in der großen Politik, die noch aktiv am Unabhängigkeitskampf teilgenommen haben und über sämtliche Jahrzehnte hinweg unbeirrbar das Banner hochhielten. Auch wenn die Kommunisten zur Nazizeit sich an die Seite der Alliierten stellten und damit zum Teil die Kolonialmacht Englands stützten, dafür nach der Gründung des indischen Staates zum Teil mit Vorwürfen überzogen wurden - Jyoti Basu war einer derer, der damals noch ungeteilten CPI zu ihrem Ansehen in der indischen Gesellschaft verhalf. Gemeinsam mit Namboodjiripad, dem Führer der Linken in Kerala, hat er schon vor drei Jahrzehnten den Grundstein für einen linken Aufstieg gelegt.

Wenngleich grundsätzlich fernab von Personenkult stalinistischer Prägung, ist Basu zum Dreh- und Angelpunkt linken Selbstverständnisses geworden. Als einer von ganz wenigen Politikern landesweit gilt er über sämtliche Lagergrenzen hinweg als integer, und nicht ohne Grund war der "Saubermann" mehr als einmal als Premierskandidat im Gespräch, auf den man sich hätte verständigen können. Lediglich die 'Congress'-Partei Sonia Gandhis zog da aus Eigennutz nicht mit, was Basu und seine Mitstreiter dem 'Congress' bis heute übelnehmen.

Nun ist der 86jährige gesundheitlich angeschlagen, und wer ihn sieht, weiß genau, daß die Ausstiegsabsicht für 2001 nicht unbegründet ist. Nur mit einiger Mühe bewältigt Basu noch seinen Posten, den er über zwei Jahrzehnte innehat - unerreichter Rekord in einem Land, dessen Halbzeitzeit von Regierungen auf zentraler wie Staatenebene beträchtlich gesunken ist. Im vergangenen Wahlkampf schonte ihn die Partei, soweit es ging; nur ganz wenige Auftritte hatte der Altstar zu bewältigen. Ihn nur nicht überbeanspruchen, damit er wenigstens bis 2001 durchhält und einem Nachfolger noch auf die Sprünge helfen kann, das scheint die Devise. Was nach ihm wird, daran mögen nicht nur CPI-M-Genossen, sondern alle Mitglieder in der Linksfront nur ungern denken. Denn bis jetzt gibt es keine verlässlichen Anhaltspunkte oder kluge Ideen, wer ihn denn beerben könnte.

Sein bevorstehender Abtritt wirft zudem die Frage nach dem Proporz innerhalb des Bündnisses auf. Die anderen Partner - die kleinere kommunistische Schwester CPI, 'Revolutionäre Sozialistische Partei' (RSP) und 'Vorwärts-Block' (FB) - sind es längst leid, von den Marxisten bevormundet und übergangen zu werden. Während RSP und FB auch in der Vergangenheit schon hier und da bei strittigen Punkten den Sturm im Wasserglas probten, ist es nun die

CPI, die an verschiedenen Stellen ausbricht. Das Verhältnis der aus der gleichen Wurzel 1964 mit der Spaltung hervorgegangenen Schwesterparteien ist auf einem historischen Tief der letzten 20 Jahre angelangt, auch wenn dies nach außen hin zum Teil noch erfolgreich kaschiert werden kann.

Mit nur noch vier Sitzen, kläglicher Rest von einst über 30, ist die CPI in der Lok Sabha vertreten. Zwar hält sie auf regionaler Ebene traditionelle Positionen auch weiter dort, wo sie schon immer - zum Teil durch fehlenden Einfluß der CPI-M relativ stark vertreten war, beispielsweise im Punjab. Doch auch im Rahmen der Linksfront ist ihre Bedeutung gesunken, und die Traditionsparterie muß sehr aufpassen, nicht noch mehr an Boden zu verlieren. Und genau dort versucht man auch in einer Profilierung in Abgrenzung zum Bündnispartner CPI-M gegenzusteuern. Von "Arroganz der Macht" war so beispielsweise Anfang 1999 in Kerala die Rede. Zwar haben die Attacken der Opposition, einer seltenen Allianz aus INC und BJP, das dortige linke Regierungsbündnis Ende vorigen Jahres äußerlich wieder zusammengeschweißt. Doch der Frust über die Bevormundung durch die Marxisten besteht nicht nur in der CPI, sondern auch bei den anderen Partnern fort.

Gewiß kein strategisch kluger Zug der Linken war die Aufkündigung des Bündnisses mit der 'Telugu Desam Party' (TDP) in Andhra Pradesh kurz vor den 99er Wahlen. Daß sich die beiden kommunistischen Parteien nach 15 Jahren aus der durchaus erfolgreichen Zusammenarbeit mit der TDP zurückzogen, konnte im Land kaum jemand verstehen. Zwar leuchtete die Begründung teilweise ein, nicht mit einer Partei kooperieren zu wollen, die auf nationaler Ebene das Rechtsbündnis um Vajpayees BJP stütze, wenngleich nur von außen. Doch die Attacken auf die programmatischen Inhalte und praktischen Projekte der TDP, die man noch Wochen zuvor selbst mit voller Kraft unterstützt hatte, waren dem Wahlvolk nicht zu vermitteln. Die Linke in Andhra Pradesh ging baden, derweil die TDP als einzige amtierende Regierungskraft landesweit sehr gestärkt aus dem Urnengang hervorging. Vorbei sind nun die Zeiten, da die Linken mit knapp 40 Sitzen im Regionalparlament von Hyderabad saßen - weit mehr, als ihr realer Einfluß im Staat je ausgemacht hatte.

Ein ähnlicher Flop und für die meisten unverständlich war in Bihar die Bindung an das Bündnis aus INC und dem korruptionsbehafteten Laloo Prasad Yadav. Daß die Linke die von Skandal zu Skandal stolpernde Figur unterstützte, strafte das Wahlvolk ab, indem es nicht einen einzigen Sitz für die Kommunisten übr-

ließ. Doch gelernt hat man daraus auf Staatenebene wohl kaum. Für die Regionalwahlen finden sich CPI und CPI-M sogar in unterschiedlichen Wahlbündnissen, treten gegeneinander an - trotz des "freundschaftlichen Wettstreits", der in dieser Konstellation auch nichts völlig Neues darstellt, ein weiterer Fauxpas und sicher keine Entwicklung, die das Miteinander in der landesweiten Linksfront einfacher macht. Der Unterscheid der Schwesterparteien besteht weniger in den Zielen denn in praktischen Bündnisfragen - und dem alten ideologischen Streit, ob man sich eher dem einst sowjetischen oder dem chinesischen Modell Maos verpflichtet fühlt.

Was die öffentliche Medienpräsenz angeht, hat die kleinere CPI allerdings seit Ende 1999 ein wenig die Nase vorn. Sie bietet immerhin ein einheitliches Bild, derweil in der Schwesterpartei die Zwistigkeiten zwischen den Flügeln sichtbar aufbrechen. Jyoti Basu hatte bisher alle Gruppen zusammengehalten und mit der ihm eigenen moralischen Autorität für Ruhe zwischen den Hardlinern und Pragmatikern gesorgt - nun ringen "Traditionalisten" auf der einen und "Modernisierer" auf der anderen Seite um die Vorherrschaft in der sich wandelnden Bewegung. Mehrere junge Minister der westbengalischen Regierung, darunter der inzwischen namhafte A.S. Biswal, werden als mögliche Nachfolgekandidaten Basus zumindest hier und da in den Diskussionen genannt. Doch sollte einer dieser "jungen Wilden" tatsächlich die Partei übernehmen, stünden dieser zumindest zahlreiche Verluste, wenn nicht gar eine Spaltung bevor. Die orthodoxen Hardliner unter den altgedienten Genossen würden sich dem Diktat der Jungen, die sie tief im Herzen zum Teil als Verräter an der Grundidee, den traditionellen kommunistischen Werten, ansehen, niemals beugen. Wer immer dem "roten Monarchen" in Calcutta auf dem Stuhl folgt, muß wie er die Gabe haben, die Partei als Ganzes zusammenzuhalten und das Boot sicher durch die Krise zu steuern.

Eine solche ist es tatsächlich, denn der Trinamool Congress von Eisenbahnministerin Mamata Banerjee hat im Landesvergleich beim letzten Urnengang mit am meisten zugelegt. Auf Staatenebene ist er weit vor dem altgedienten INC die Oppositionskraft Nummer eins, die es der Linksfront-Regierung nicht leicht macht. Insbesondere in Calcutta und anderen Städten hat Mamata, die "ältere Schwester", eine riesige Popularität wie kommunistische Führer in den 70er und frühen 80er Jahren. Nur mit Mühe gelang es den Linken im September/Oktober, gegen sie verschiedene Wahlkreise noch mit hauchdünner Mehrheit zu halten, die beim nächsten-

mal schnell verloren sein könnten. Was erneut half, war in erster Linie das Pflichtbewußtsein kommunistischer Wähler: Keine andere Partei landesweit kann auf eine so verlässliche, treue Wählerschaft bauen wie das Linksbündnis. Doch nach 23 Jahren sind selbst davon einige enttäuscht. Der Vorwurf, daß viele Parteiverlautbarungen nur schöne Worte seien, macht seit einiger Zeit verstärkt auch gegenüber der westbengalischen Regierung die Runde. Zu viele Probleme sind ungelöst, als daß sich das Regierungsteam locker zurücklehnen könnte. Calcutta ist nach wie vor eine der ärmsten Metropolen des Landes, auch wenn einige wenige Stadtteile die Moderne optisch zur Schau tragen. Den

Moloch Calcutta mit seinen 15 Millionen Einwohnern und Slums rundum zu einer halbwegs menschenwürdigen Lebensstätte zu machen, übersteigt jedoch die Kräfte einer Staatenregierung. Die Zahl der Bürger und vor allem der Ärmsten wächst täglich - ein unaufhörlicher Anstieg der Sorgen und Probleme, der Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit.

Zuspruch hat die CPI-M besonders auf dem Land, wo die Kleinbauern es zu schätzen wissen, daß sich jemand ihrer annimmt. Doch selbst in dieser traditionellen Hochburg mußte die Partei zuletzt Federn lassen. Bauern wandern, wenn gleich nicht so sehr wie arme Städte, mehr und mehr zur Opposition ab. Ein Alarmzeichen - denn auch in westbenga-

lischen Regierungsstuben ist nach bald zweieinhalb Jahrzehnten Mief eingezogen. Den Bürgern reicht es nicht, daß in Calcutta zur Verringerung des Verkehrsproblems - täglicher Kollaps früh und nachmittags - die U-Bahn-Linie erweitert werden soll. Taxi- und Busfahrer streikten im Oktober gegen Dieselpreiserhöhungen, und als Wochen zuvor fast der gesamte Staat überflutet war, konnte sich die Bevölkerung nicht zu Unrecht über mangelndes Krisenmanagement der linken Regierung beklagen. Es war die schnelle und unbürokratische Hilfe für die vielen Opfer, die der Opposition zusätzliche Pluspunkte brachte.

Der Autor ist freier Journalist

Indiens Minderheiten und das 21. Jahrhundert

Von Asghar Ali Engineer

Indien gehört zu den größten Demokratien der Welt. Gleichzeitig besitzt das Land eine der größten Minderheitenbevölkerung weltweit. Allein Muslime machen mehr als zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung aus — in absoluten Zahlen bedeutet dies über 120 Millionen. Rechnet man die übrigen Minderheiten hinzu, erhöht sich diese Zahl auf 150 Millionen. Die indische Gesellschaft kann vor diesem Hintergrund nicht erst mit dem Eintritt in die Unabhängigkeit als pluralistisch bezeichnet werden, sondern sie war es bereits seit Jahrhunderten. Der Pluralismus gehört somit zum stolzen Erbe. Während der Pluralismus die moderne säkulare Nation mit Stolz erfüllt, ist er gleichzeitig Gegenstand vielfältiger Probleme.

Eine wahre Demokratie schützt nicht nur individuelle Rechte, sondern auch die Rechte von Minderheiten als Gemeinschaft. Unsere Verfassung hat in den Artikeln 25 bis 30 die Rechte niedergelegt, welche die religiösen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten des Landes genießen. Diese Rechte machen Indien de jure zu einer pluralistischen Demokratie, nicht jedoch de facto.

Gemäß den erwähnten Artikeln sind die Minderheiten demnach nicht nur frei in der Bekundung, Ausübung und Verbreitung ihrer Religion, sondern auch in der Gründung von Institutionen ihrer Wahl. Aufgenommen wurden sie in unsere Verfassung 1950, kurz nachdem die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen verkündet wurde.

Sicherheit von Minderheiten

Tatsächlich aber gibt es eine große Kluft zwischen den noblen Zielen und der Realität. Obwohl diese fundamentalen Rechte Einzug in die Verfassung gefunden haben, sehen sich die Minderheiten nach wie vor mit vielfältigen Pro-

blemen konfrontiert. Das vorrangigste Problem - soweit es die Muslime betraf - war das der Sicherheit. Zurecht wurde argumentiert, daß die Ursache hierfür im Vermächtnis der Teilung liegt. In den Köpfen der Mehrheit hat sie viele Zweifel an den Muslimen aufkommen lassen, welche sich für einen Verbleib in Indien entschieden hatten. Obwohl sie nicht verantwortlich waren, mußten gerade sie den Preis für die Teilung zahlen. Es ist nicht unangemessen anzunehmen, daß — wäre die indische Verfassung vor 1947 entworfen worden — viele Muslime, die der Propaganda der 'Muslim League' erlagen, nicht so schnell in die Teilung des Landes eingewilligt hätten. Tatsächlich waren viele Muslime in Uttar Pradesh oder Bihar geschockt, als ihnen bewußt wurde, daß Pakistan weit weg im Punjab und in Bengalen Realität würde — und nicht in ihrem Heimatstaat. Die Teilung war letztendlich mehr ein Resultat des Begreifens als Minderheit, denn eine separatistische Konstruktion auf der Basis der Religion. Pakistan war mehr ein Resultat eines durch die 'Muslim League'-Propagandisten geschürten Klimas des Mißtrauens, als ein